

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 08.05.2012
Sitzung Nummer:	26 (OULA/26/2012)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:53 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Eduard Stapel
Vorsitzender

Sieglinde Bartels
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Eduard Stapel

Mitglieder

Herr Dieter Bolle
Herr Detlef Braune
Herr Uwe Classe
Herr Klaus-Peter Noeske
Herr Waldemar Schreiber

beratende Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

sachkundige Einwohner

Herr Friedrich Jahns
Herr Torsten Mehlkopf

Protokollführer

Frau Sieglinde Bartels

von der Verwaltung

Herr Martin Falkhofen
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Detlef Radke

sachkundige Einwohner

Herr Jürgen Bastek
Herr Dr. Peter Neuhäuser
Herr Marcus Schober
Herr Manfred Schulz

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 25. Sitzung vom 06.03.2012
 - 4 Berufung Kreisbrandmeister und Abschnittsleiter des Brandschutzabschnittes 1 (Seehausen-Osterburg)
Vorlage: 335/2012
 - 5 Zweckvereinbarung zur Errichtung und Unterhaltung einer integrierten Einsatzleitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst der Altmark (ILS Altmark)
Vorlage: 346/2012
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Eduard Stapel, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die fehlenden Ausschussmitglieder fest. Er stellt fest, dass der Ausschluss beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungen.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 25. Sitzung vom 06.03.2012

Der Vorsitzende stellt die Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 06.03.2012 fest.

**zu TOP 4 Berufung Kreisbrandmeister und Abschnittsleiter des Brandschutzabschnittes 1 (Seehausen-Osterburg)
Vorlage: 335/2012**

Herr Wulfänger: Da die Amtszeit des bisherigen Kreisbrandmeisters am 30.06.2012 ausläuft und er in Ruhestand geht, muss ein neuer Kreisbrandmeister berufen werden. Die Wehrleiter der Einheits- und Verbandsgemeinden konnten Vorschläge einreichen. Zwei Vorschläge wurden eingereicht, die dann auch zur Abstimmung kamen. Mehrheitlich wurde von den Wehrleitern der Einheits- und Verbandsgemeinden Herr Dr. Ringhard Friedrich zum neuen Kreisbrandmeister bestimmt. Die Berufung erfolgt durch den Kreistag. Wenn Herr Dr. Friedrich zum Kreisbrandmeister berufen wird, kann er die Funktion des Abschnittsleiters des Brandschutzabschnittes 1 nicht mehr wahrnehmen. Für die Neubesetzung dieser Stelle gab es aus der Region den Vorschlag, dass Herr Armin Vinzelberg zum Abschnittsleiter des Brandschutzabschnittes 1 berufen wird. Die offizielle Berufung soll dann ebenfalls durch den Kreistag erfolgen.

Herr Stapel: Ich bitte die Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung damit wir die Vorlage weiterleiten können.

Die Anwesenden stimmen einstimmig dafür.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 5 Zweckvereinbarung zur Errichtung und Unterhaltung einer integrierten Einsatzleitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst der Altmark (ILS Altmark)
Vorlage: 346/2012**

Herr Wulfänger stellt den Anwesenden die Zweckvereinbarung zur Errichtung und Unterhaltung einer Integrierten Einsatzleitstelle für den Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst der Altmark zwischen dem Altmarkkreis Salzwedel und dem Landkreis Stendal vor. Gleichzeitig begrüßt er Herrn Thiele, Ordnungsdezernent im Altmarkkreis Salzwedel.

Es wurde eine gemeinsame Studie durch eine Firma erarbeitet, ob es Sinn macht die Leitstellen in der Altmark zusammenzulegen, unter welchen Bedingungen es Sinn macht und was man dabei beachten muss. Das Ergebnis wurde den beiden Ausschüssen aus Stendal und Salzwedel am 26.03.2012 in Arendsee vorgestellt. Dort wurde vereinbart, dass es im Ergebnis Sinn macht, die Leitstellen zusammenzulegen. Die beiden Verwaltungen wurden beauftragt eine Zweckvereinbarung zu entwerfen, die den beiden Kreistagen zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Im Altmarkkreis Salzwedel soll darüber im Kreistag im 25. Juni 2012 und im Kreistag des Landkreises Stendal am 31. Mai beschlossen werden. Die vorliegende Zweckvereinbarung wurde in großen Teilen mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt. Die endgültige Stellungnahme erfolgt bis zum 16.05.2012. Hier soll nur über die Eckpunkte der Vereinbarung gesprochen werden, beginnend mit den gesetzlichen Grundlagen. Weitere Schwerpunkte sind Standort und Aufgaben der Einsatzleitstelle, Aufbau und Betrieb, Übergang von Rechten und Pflichten, Personal, Kosten und Mitwirkungsrechte, Projektbegleitendes und steuerndes Gremium, Weisungsbefugnis, Übergangsregelungen, Laufzeit der Vereinbarung, Kündigung, Auseinandersetzung bei Kündigung und Inkrafttreten. Eindeutig muss hier gesagt werden, dass es für die Altmark Sinn macht, eine Leitstelle einzurichten.

Herr Stapel: Ist das auch die Salzwedler Sicht?

Herr Thiele: Natürlich würden wir die Leitstelle lieber weiterhin in Salzwedel sehen. Die wirtschaftlichen Erwägungen wurden berücksichtigt. Die Einwohner des Altmarkkreises Salzwedel sind nicht schlechter dran als vorher.

Herr Stapel: Auf Seite 2, Ende vierter Abschnitt, wird von einer Einsparung für die nächsten 10 Jahre in Höhe von 20 Mio € gesprochen. Ist dieser Betrag richtig?

Herr Wulfänger: Richtig, der Betrag ist falsch.

Herr Stapel: Auf Seite 1 steht der Betrag in Höhe von 700.000 € Es ist schwierig, hier eine genaue Zahl zu nennen. Muss diese Summe eingesetzt werden?

Herr Wulfänger: Von den Mitteln sind in diesem Jahr zwei Drittel und im nächsten Jahr ein Drittel für den Umbau der Leitstelle auf Digitalfunk veranschlagt. Wenn die jetzt beginnenden Planungen abgeschlossen sind, beginnt die Umstellung im Herbst und wird im nächsten Jahr fortgeführt. Im Altmarkkreis Salzwedel wird auch so verfahren.

Herr Stapel: Es ist abzusehen, dass es unter dem Strich Einsparungen gibt.

Herr Mehlkopf: Wird es bauliche Veränderungen im Haus, außer Digitalfunk, geben?

Herr Wulfänger: So wie die Leitstelle jetzt mit ihren 4 Plätzen ist, wird sie bleiben. Daneben ist ein Raum, der für den analogen Funk genutzt wird. Dieser Raum bleibt. Ein Büroraum wird für die Technik für den Digitalfunk umgerüstet. In den jetzigen Versammlungsraum kommen noch zwei Arbeitsplätze. Diese werden wie die vier Plätze vorne. Wir haben dann sechs Arbeitsplätze, wobei ein Platz ständig für den Administrator genutzt wird. Gegenüber der Leitstelle sind dann noch ein Raum für den Leiter und ein Umkleideraum. Mit den Ämtern ist das

abgesprochen. Im Gutachten war die Raumausstattung umfangreicher. Es wurde reduziert. Mit den Genehmigungsbehörden sind wir im Gespräch. So, wie wir es jetzt vorgeschlagen haben, wird die Genehmigung erteilt.

Herr Schreiber: Wer ist die Genehmigungsbehörde?

Herr Wulfänger: Das Gewerbeaufsichtsamt ist z. B. eine Genehmigungsbehörde.

Herr Schreiber: Vom Landkreis?

Frau Theil: Das ist eine Landesbehörde, aber mit einem Geschäftsstellensitz in Stendal.

Herr Wulfänger: Mit der Gewerbeaufsicht wurden bereits die ersten Gespräche vor der Planung geführt.

Herr Stapel: Nach der Fertigstellung würden wir uns dann die Räumlichkeiten gern ansehen.

Herr Bolle: Digital-/Analogfunk, gibt es jetzt endgültige Termine. Wie lange läuft der Analogfunk noch weiter.

Herr Falkhofen: Bis die Sicherheit gewährleistet ist. Allgemein gesagt, muss sie natürlich so lange laufen so lange darauf zurückgegriffen werden muss aus gefahrenabwehrrechtlichen Gründen. Erst wenn die Digitaltechnik richtig funktioniert.

Herr Bolle: Die Gemeinden brauchen Spielraum. Es kann aber auch nicht unendlich dauern.

Herr Thiele: Das kann man vergleichen mit dem analogen und digital Fernsehen. Wenn es irgendwo in Deutschland noch Einheiten gibt, die analog funken, haben wir das Problem bei überregionalen Katastropheneinsätzen. Deswegen wird der analoge Funk noch eine ziemlich lange Zeit vorhanden sein.

Herr Wulfänger: Wenn z. B. wieder ein Hochwasserereignis eintritt, kommen die Rettungstaucher aus Duisburg oder Düsseldorf. Wir wissen nicht, ob diese dann Analog- oder Digitalfunk haben. Wenn wir dann keine Leitstelle mehr haben die das kann, haben wir ein Problem. Die Gemeinden müssen rechtzeitig vorbereitet werden.

Herr Bolle: Eine zweite Anfrage zum Thema Funk. Gibt es eine Vereinbarung mit der Bundeswehr hier in Kletz. Eine Kommunikation ist nicht möglich.

Herr Thiele: Das ist im Altmarkkreis Salzwedel auch so. Die Bundeswehr hat eigene Netze. Wenn sie zur Amtshilfe herangezogen wird, bekommen die Einsatzkräfte von der Leitstelle oder der technischen Einsatzleitung die digitalen Funkgeräte. Dann ist die Verbindung vorhanden.

Herr Bolle: Sie benötigen dafür die Genehmigung. Die Zustimmung vom Landkreis war für den Digitalfunk erforderlich.

Herr Wulfänger: Dazu kann ich nichts sagen.

Herr Stapel: Ich bitte die Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung, damit wir die Vorlage weiterleiten können.

Die Anwesenden stimmen einstimmig dafür.

An die Anwesenden wird die Tischvorlage –Sachstandsbericht Rettungsdienst 2011/2012 –ausgeteilt bzw. wird der Niederschrift als Anlage TOP 5 beigelegt.

Herr Falkhofen spricht zum Thema. Untergliedert ist der Sachstandsbericht in allgemeine Ausführungen, die Notfallrettung, qualifizierter Krankentransport und Rettungsmittel. Die Statistik 2011 gibt einen Überblick über die Gesamteinsätze, die Gesamtkilometerleistung, die Gesamteinsätze nach Tageszeit und nach Rettungswachen. Weiterhin gibt es einen Überblick über die Einsätze nach Verdachtsdiagnostik Notfallrettung und die durchschnittliche Einsatzzeit pro Woche/Einsatzart. Abschluss des Berichtes ist die Verantwortlichkeit/Finanzierung.

Herr Classe: Sind die Einsätze überörtlichen Rettungshilfe mit enthalten.

Herr Falkhofen: Diese überörtliche Rettungshilfe ist mit in der Statistik enthalten. Die Zahlen können auch statistisch ermittelt und nachgereicht werden.

Herr Stapel bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Bolle: Bei den Hubschraubereinsätzen – einmal direkt am Unfallort oder die Verlegung von Krankenhaus zu Krankenhaus – obliegt der Krankenkasse?

Herr Falkhofen: Ja

Herr Bolle: Gibt es Beispiele. Gibt es Hilfsfristen? Wir haben Bereiche, die schwer zu erreichen sind.

Herr Falkhofen: Die Hilfsfristen werden eingehalten. Im Gesetz stehen 90 %. Zugrunde gelegt ist hier der Rettungsbereich.

Herr Bolle. Hier ist die gute Zusammenarbeit der Leitstellen zu loben.

Herr Falkhofen: Dem stimme ich zu.

Herr Stapel: Wir haben 17.000 Einsätze. Wenn ich die Zahl sehe, die das kostet, komme ich auf rund 1.000 €Einsatz.

Herr Falkhofen: Außer dem Betrag 14,22 €habe ich keine Kosten in der Tischvorlage.

Herr Stapel: Bei dem Vergleich zu den Vorjahren kommt es zu einem Sprung von gesamt rund 12.000 Einsätzen im Jahr 2004 zu rund 16.000 Einsätzen im Jahr 2006 dann fast gleichbleibend bei rund 16.000. Einerseits werden wir weniger im Landkreis andererseits werden wir älter und trotzdem so viele Einsätze.

Herr Falkhofen: Das ist die Aufklärung der Bevölkerung.

Herr Stapel. Auch die durchschnittlichen Einsatzzeiten sind sehr unterschiedlich. Gibt es da nähere Erläuterungen.

Herr Falkhofen: Das hängt immer vom Einzelfall ab.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Herr Stapel: Zuerst möchte ich Herrn Classe beglückwünschen. Er hat die zweithöchste Auszeichnung der Stadt Tangermünde, die Ehrennadel, erhalten.

Herr Bausemer: Eine Frage zur Abfallentsorgung.

Vertraglich sind wir verpflichtet, 23.000 t an das Müllheizkraftwerk Rothensee zu liefern. Nach Aussage des Geschäftsführers der ALS, Herrn Ramm, wurde wurde 2011 mit einer Menge von nur 14.000 t abgeschlossen. Das ist eine Differenz von 9.000 t. Wie wird die Fehlmenge gegenüber dem Müllheizkraftwerk Rothensee kompensiert?

Frau Theil erläutert, dass mit Bekanntwerden der Finanzforderungen des MHKW Rothensee bei Nichtanlieferung der jährlichen Vertragsmengen im Frühjahr 2011 durch die ALS Dienstleistungsgesellschaft mbH begonnen wurde, Aqoise von Restabfallmengen zu betreiben. Es wurden Angebote eingeholt für die Mengen, die wir nicht selbst liefern können. Die Fehlmengen werden für einen bestimmten Preis an das MHKW geliefert. Die

ALS bezahlt diese Menge an den Lieferer und den vertraglich vereinbarten Preis an das MHKW. Die Preisdifferenz für die Fehlmengen ist aber schon Bestandteil der Kalkulation der jetzigen Satzung.

Diese Gebührensatzung ist für drei Jahre kalkuliert. Die Problematik wurde dem Kreistag mehrfach in Verbindung mit dem Abbruch des vorangegangenen Satzungszeitraumes erläutert. Durch das Rechnungsprüfungsamt wurde uns aufgegeben, einmal jährlich die Nachkalkulation durchzuführen, um zu wissen wie sich diese Kosten entwickeln und eventuell reagieren zu können.

Das Jahr 2011 hat die ALS so abgeschlossen, dass es sich eher positiv auf den jetzigen Kalkulationszeitraum 2012 bis 2014 auswirkt. Es würde sich nicht sofort die Gebührensatzung ändern, aber es gibt einen Prozentsatz, nachdem laut KAG ein Kalkulationszeitraum aufzumachen ist oder nicht. Wir werden das dem Fachausschuss vorstellen. Das sollte aber erst sein, wenn das 1. Halbjahr 2012 abgeschlossen ist und die Erfüllung des Wirtschaftsplanes 2012 sicher prognostiziert werden kann. Der Fachausschuss im September/besser Oktober, wäre ein geeigneter Termin.

Herr Schreiber: Die Verträge, die mit dem MHKW Rothensee abgeschlossen wurden, laufen ja über einen langen Zeitraum. Das Müllaufkommen ist zurückgegangen. Die Lösung, dass Fehlmengen angekauft werden ist schon gut, sonst würden die Kosten noch mehr steigen.

Frau Theil: Jährlich wird jetzt nach dem Abfallpreis auf dem Markt geschaut, um für die „Restabfallaquote“ zu reagieren. Es ist natürlich eine Spanne zwischen dem Preis, den wir an das MHKW pro angelieferte Tonne, gebunden an den Vertrag, bezahlen und dem Preis auf dem freien Markt. Diese Differenz muss über die Gebühren ausgeglichen werden. In Vorbereitung der Gebührensatzung wurde 2011 darüber ausführlich gesprochen.

Herr Schreiber: Mann müsste die Mülldeponien hier im Umkreis öffnen und den Inhalt nach Magdeburg fahren.

Herr Stapel: Wenn es jetzt nicht kommt, kommt es später. Wir könnten schon damit anfangen. Kommen wird es sowieso.

Frau Theil: Es gab dazu schon Anfragen hier im Fachausschuss. Darauf wurde geantwortet und auch die Kosten wurden dargestellt.

Herr Stapel: Bei der Bereitstellung der gelben Säcke hat es laut Presse viel Ärger gegeben. Ich hoffe, dass sich das jetzt beruhigt hat. Ob wirklich bei den gelben Säcken mit dem neuen Ausgabesystem gespart wird, muss man abwarten.

Herr Stapel: Der Ausschussvorsitzende geht noch einmal auf seine Bitte um Themenvorschläge aus dem Ausschuss ein und erläutert, wie die jeweilige Tagesordnung zustande kommt. Von Seiten des Ausschusses wurden noch keine Themenwünsche eingereicht. Themen, die sie interessieren oder die sie für nötig halten sollen behandelt werden.

Die dringendsten Probleme, die wir haben sind der demografische Wandel und die mangelhafte Wertschöpfung durch Erzeugung regenerativer Energien hier vor Ort. Beides habe ich bereits in der letzten Sitzung mit der Bitte angesprochen, diesen Themenvorschlag mit in die Fraktionen zu nehmen und zu entscheiden, ob darüber hier gesprochen werden soll. Dann natürlich in aufbereiteter Form. Ein anderes Thema, das ich schon angesprochen habe, ist die Solarenergie. Z. B. die Vermietung der Dachfläche von kreiseigenen Gebäuden oder z. B. Genossenschaften, die Energie erzeugen und die Wertschöpfung in der Altmark bleibt und auch der Landkreis davon profitiert. Im Bauausschuss wurde darüber gesprochen. Vielleicht könnte darüber auch hier im Ausschuss gesprochen werden. Was haben sie dazu in ihren Fraktionen gehört. Ich möchte nicht nur einen Bericht, wie die Lage ist, ich möchte, dass wir hier im Ausschuss politisch handeln.

Herr Schreiber: Meinen sie erneuerbare Energien oder Photovoltaik.

Herr Stapel: Im Moment nur Photovoltaik. Es gibt viele kreiseigene Gebäude mit entsprechender Dachfläche. Der Kreis müsste hier etwas anschieben.

Frau Theil: Wir können das gern im Fachausschuss thematisieren. Im Bau- und Verkehrsausschuss wurde darüber gesprochen, was der Landkreis bisher getan hat.

Man muss natürlich differenzieren. Wo ist es möglich, welche Kosten entstehen, sind die statischen und baulichen Voraussetzungen auf eigenen Immobilien gegeben? Der Landkreis ist nicht in der Lage, diese Investitionen zu tätigen.

Die ALS und der Landkreis sind seit Jahresbeginn damit befasst, für die Deponien eine mögliche Nachnutzung durch Photovoltaikanlagen vorzubereiten, aber für die Deponiestandorte ist das nicht so einfach.

Ende Mai/Anfang Juni haben wir bei der oberen Abfallbehörde einen Termin dazu. Es gibt Interessenten, die investieren möchten. Wir werden aber nur Vermieter der Flächen sein. Die Verfahrensweise ist nicht ganz so einfach - Bauleit-/Deponieplanung im Einklang mit Rekultivierung und Nachsorge zu bringen.

Herr Stapel: Das es nicht einfach ist, ist klar. Es gibt in der Bundesrepublik viele gelungene Beispiele.

Frau Theil: Zu solchen Vorhaben gehören mehrere Akteure.

Auch die Verwertung von Bioabfall als Aufgabe für den Landkreis ist 1 Thema. Bisher gab es viele Gespräche zwischen Landkreis, ALS, z. B. auch dem BIC, mit Ingenieurbüros und eventuellen Investoren. Wenn wir dann die derzeitigen Konditionen und Bedingungen vortragen haben, war bisher niemand bereit, eine Biogasanlage zu bauen, um diesen Bioabfall zu verwerten. Wirtschaftlich ist das nicht darstellbar und würde in jedem Fall zur Kostenerhöhung der Bioabfallverwertung führen. Dem Landkreis fehlen für Eigeninvestitionen die finanziellen Mittel.

Das Thema Windkraftanlagen könnten wir auch für eine Sitzung thematisieren. Das Thema Biogasanlagen wurde ja auf der gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss am 25.01.2012 vorgestellt.

Auch die Themen „Demografischer Wandel“ und „Alternative/regenerative Energien“ müssten als Aufgabenstellung für die Verwaltung konkretisiert werden. Bis zur nächsten Sitzung sollte überlegt werden, welche Themen angepackt werden können.

Herr Schreiber: ALS und Landkreis sind erst dabei, zu überprüfen, ob es möglich ist, die vorhandenen Deponien mit Photovoltaik auszustatten.

Frau Theil: Hier ist das Problem, dass wir dort, wo die Deponien liegen, nicht in jedem Fall gültige Bauleitplanung haben. Das wäre aber die Grundlage für Genehmigungsverfahren. Für die Stendaler Deponie wäre das Verfahren noch nach Abfallrecht zu führen.

Wie bereits erwähnt, haben wir Anfang Juni eine Beratung beim Landesverwaltungsamt, die uns hoffentlich weiterbringt. Dann könnte es hier vorgestellt werden. Wir können aber auch sonstige Vorhaben im Landkreis zu Photovoltaikanlagen vorstellen. Z. B. in Kläden oder Goldbeck, geplant auch in Börgitz. Hier sind aber auch Dritte die Investoren.

Herr Stapel: In anderen Orten klappt das.

Herr Mehlkopf: Die demografische Entwicklung ist eher ein Thema für den Jugendhilfe- oder Sozialausschuss, aber nicht für den Umwelt- und Ordnungsausschuss.

Herr Stapel: Es geht dabei um die Ausländer.

Herr Mehlkopf: Das hätte deutlicher gesagt werden müssen.

Herr Stapel: Im Protokoll steht es deutlicher. Es gibt verschiedene Wege, Leute aus dem Ausland nach Deutschland zu holen. Es gibt ein UNO-Programm. Flüchtlinge müssen angesiedelt werden. Die skandinavischen Länder tun das mit Erfolg, der demografische Wandel ist nicht so schwierig wie der unsrige.

Herr Mehlkopf: Der demografische Wandel in den skandinavischen Ländern ist doch anders als bei uns.

Herr Stapel: Er wird dadurch aber abgeschwächt.

Herr Mehlkopf: Wenn es um Ausländer geht ist der Ausschuss zuständig.

Herr Stapel: Es sollte hier nicht nur um die Zuständigkeit gehen. Deutschland hält sich schon einige Jahre aus dem Ansiedlungsprogramm der UNO heraus. Wie bereits im Protokoll der letzten Sitzung geschrieben, muss die Basis ständig erinnern.

Herr Mehlkopf: So kann das Thema aufgenommen werden.

Herr Stapel: Diese Themen müssen nicht unbedingt behandelt werden, es sind Ideen. Es wurde aufgenommen, weil diese Probleme schon lange Zeit stehen. Egal ob das Energieerzeugung oder Wertschöpfung in der Region ist. In den Fraktionen sollte bis dato nachgefragt werden, ob über die Themen gesprochen werden soll.

Frau Theil: Das sollte mit in die Fraktionen genommen werden. Diese können sich eine Meinung bilden. Dann bitte an die Verwaltung was gewünscht wird.

Wir bemühen uns seit Jahren aber auch als Landkreis selber um Energiesparmöglichkeiten, diese Immobilien entsprechend zu bewirtschaften. Darüber kann Frau Stannull im Fachausschuss sprechen.

Um regionale Lösungen zu schaffen bedarf es vieler Akteure. Hier sehe ich besonders die Gemeinden in der Pflicht.

Für die Stadt Stendal gibt es z. B. ein Energieverbrauchskonzept (bis 2050), das in Kurzform auch vorgestellt werden könnte. Z. B. gibt es am 30.05.2012 dazu eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dort wird über dieses Thema referiert. Auch über das Energieentwicklungs- und Verbrauchskonzept der Stadt Stendal. Das sind Ansätze!

Allerdings kosten diese Studien und Konzepte Geld, werden durch Fachleute erstellt und begleitet und nicht allein durch die Verwaltung.

Unsere Möglichkeiten sind zurzeit diesbezüglich sehr begrenzt.

In Lüderitz ist z. B. eine Biogasanlage ans Netz gegangen, ähnliches ist in Schönhausen geplant. Dort sind Gemeinden die Akteure, die ihre Bürger mit einbinden und auch kommunale Gebäude versorgt werden.

Ein anderes Beispiel ist Goldbeck. Es ist geplant, dass die Schule mit an die Wärmeversorgung durch Holzhackschnittel angeschlossen werden soll. Allein rechnet sich das nicht. Damit sich das ganze wirtschaftlich darstellt, müssten auch die Grundschule, die Sporthalle aber auch andere Einrichtungen angeschlossen werden, die mit versorgt werden könnten. Es sind also mehrere Partner. Hier ist dann wieder die Frage, wer die Investitionskosten trägt.

Herr Mehlkopf: Das ist die entscheidende Frage.

Frau Theil: Ja, das ist die entscheidende Frage. Es scheitert letztendlich daran, dass wir auf Grund finanzieller Zwänge nicht in der Lage sind zu investieren und kein Geld für Konzepte geplant haben. Den Gemeinden geht es auch ähnlich.

Durch die Regionale Planungsgemeinschaft und den Regionalverein ist doch bereits einiges initiiert worden.

Energiegenossenschaft ist eine tolle Idee. Hoffentlich greift diese Idee und entwickelt sich so wie vorgesehen, sodass die Wertschöpfung auch hier bleibt.

Herr Michaelis kann zum demografischen Wandel gern einen Bericht geben.

Herr Schreiber: Darüber wurde schon gesprochen.

Herr Schreiber: Noch einmal zu Energie. Diese Investition muss der Träger machen. In Garlipp zum Beispiel sind 70 % der Haushalte an die zentrale Wärmeversorgung angeschlossen.

Frau Theil: Hier hat sich jemand gekümmert und organisiert und natürlich investiert. Die Leute haben Bereitschaft gezeigt und sich angeschlossen.

Herr Schreiber: Es war nicht einfach die Garlipper Einwohner davon zu überzeugen, diese Wärme in Anspruch zu nehmen. Es gab mehrere Einwohnerversammlungen. Fachleute mussten die Einsparung vorrechnen. Die Leute sind bei neuen Sachen immer sehr skeptisch.

Frau Theil: Viele unter einen Hut zu bringen ist auch nicht einfach.

Herr Schreiber: Das ist richtig. Dazu kommt dann noch das Problem mit den Behörden, die Forderungen stellen.

Herr Stapel: Ich sehe mir diese Orte schon genau an und frage nach.

Herr Schreiber: An welcher Stelle soll hier Druck gemacht werden?

Herr Stapel: Das bezog sich auf die Zuwanderungsfrage. Bei Photovoltaik muss man werben und erklären.

Frau Theil: In Beantwortung der Frage von Herrn Stapel zum Thema gelber Sack:

Die gelben Säcke gehören zum Dualen System Deutschlands (DSD). Dieses Entsorgungssystem ist nicht Aufgabe des Landkreises. Der Landkreis veröffentlicht in seinem Abfallkalender die Termine der Entsorgung mit den durch die von DSD beauftragten Unternehmen, in unserem Landkreis ist es die Firma ALBA.

Die Firma ALBA ist vor ca. 2 Jahren mit der Bitte an uns herangetreten, vom gelben Sack auf die gelbe Tonne umzustellen. Insgesamt und flächendeckend haben wir davon Abstand genommen. Im städtischen Bereich fehlt es an Stellmöglichkeiten für Tonnen.

In einigen Gebietskörperschaften unseres Kreises wurde, außer in den Städten, auf die gelbe Tonne umgestellt. Dieses ist mit den Gemeinden im Vorfeld beraten und abgestimmt worden.

Die gelben Säcke werden oft zweckentfremdet. Vom Entsorger wurde uns dargestellt, dass der Landkreis Stendal einen überdurchschnittlich höheren Pro-Kopf-Verbrauch an gelben Säcken als andere Landkreise hat. Das ist natürlich eine Kosten- und Rohstofffrage.

Wir haben dem Vorschlag der Fa. ALBA zugestimmt, dass die gelben Säcke nur noch in begrenzter Zahl gegen Karte ausgegeben werden. Die Fa. ALBA hatte zu Jahresbeginn Schwierigkeiten bei der Postverteilung der Karten. Das Übel ist erkannt worden und ist jetzt auf dem richtigen Weg. Probleme gab es auch in Stendal. Ausgabestellen, wie z. B. in Filialen der Kreissparkasse, wurden von heute auf morgen aufgekündigt. Es mussten andere Lösungen gefunden werden. Es ist jetzt schon zu sehen, dass der Verbrauch sich reduziert.